A15 Neu Ä1+2-ModÜ, Ä3, …

Antrag

Initiator*innen: Tobias Goldschmidt (KV Plön)

Titel: **Für ein robustes und umfassendes Sicherheitsverständnis unseres Staates**

Antragstext

Der seit drei Jahren fortwährende brutale Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine, die neue Rolle der USA unter Trump und die sich rasant verschärfenden sozialen und ökologischen Krisen unserer Zeit stellen die Menschen in Deutschland, Europa und der Welt vor in der Komplexität bisher nicht dagewesene Herausforderungen.

Im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts ist die Welt unsicherer geworden. Das nach Ende des Kalten Krieges herbeigesehnte „Ende der Geschichte“ und der damit verbundene Siegeszug der Demokratie westlicher Prägung in einer multipolaren Welt sind eine unerfüllte Hoffnung geblieben.

In der jetzt vor uns liegenden Dekade braucht es umso mehr politische Entschlossenheit, europäische Integration und ein ebenso gestärktes wie inhaltlich erweitertes Sicherheitsversprechen des Staates an seine Bürger*innen. Dieses robuste Sicherheitsversprechen muss neu definiert werden und geht weit über militärische Sicherheit hinaus.

Aus diesem Verständnis leiten sich für Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein folgende Punkte ab:

Der neuen Sicherheitsarithmetik robust begegnen

- Putins Krieg gegen die Ukraine ist ein Angriff auf unseren Frieden, auf die europäische Einheit, auf unsere freie, offene und demokratische Gesellschaft. Deutschland muss fest an der Seite der Ukraine stehen - mit diplomatischer, finanzieller, humanitärer und militärischer Unterstützung.

- Die Zeichen aus den USA sind eindeutig: Europa muss noch stärker in die Verantwortung gehen. Deshalb passt es nicht mehr in die Zeit, dass Verteidigung und Bevölkerungsschutz durch die starren Regeln der Schuldenbremse und den europäischen Fiskalregeln ausgebremst werden. Wir begrüßen die Einigung zwischen CDU/CSU, der SPD und uns Grünen über eine Reform der Schuldenbremse und der Einrichtung von Sondervermögen um mehr Investitionen in Sicherheit und Infrastruktur zu ermöglichen. Wir begrüßen die Initiativen der EU Kommission ReArm Europe und SAFE als einen wichtigen Schritt zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsarchitektur. Doch das kann nur der Anfang sein: Wir brauchen eine Reform der europäischen Fiskalregeln wie eine größere Reform der Schuldenbremse und gemeinsame Finanzierungsinstrumente auf europäischer Ebene.

- Insbesondere Schleswig-Holstein als Ostsee-Anrainer braucht gut ausgestattete Sicherheitsbehörden, eine starke Bundeswehr und eine gut sortierte NATO. Wir werden die Bundeswehr, ebenso wie die Polizei, den Verfassungsschutz und die Organisationen des Bevölkerungsschutzes hier im Land weiter nach Kräften unterstützen.

- Der digitale Raum kennt keine Landesgrenzen. Putin und andere Autokraten greifen unsere Infrastrukturen gezielt an. Spionage und Sabotage sind längst an der Tagesordnung. Die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie beweist sich auch hier. Daher setzen wir uns weiterhin für einen effektiven und einheitlichen Schutz von Bevölkerung, Behörden und Betrieben ein. Die neue Bundesregierung fordern wir auf, die NIS2- und die CER-Richtlinie der EU umgehend in nationales Recht umzusetzen und schnellstmöglich ein Kritis-Dachgesetz vorzulegen. Um den Kritis-Schutz in Schleswig-Holstein zu stärken, regen wir die Schaffung einer dauerhaften Plattform an, die den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Sicherheits- und Aufsichtsbehörden, Organisationen des Zivil- und Bevölkerungsschutzes, Verwaltungen, Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, die viel Know-How einbringen, institutionalisiert fördert.

- Sanktionen gegen Putin müssen europäisch strikt durchgesetzt werden. Die Düngemittelimporte aus Russland sind nichts anderes als eine Umgehung des europäischen Energieembargos, die unsere Landwirtschaft abhängig machen. Neben Drohnenüberflügen zu Spionagezwecken ist Russlands Schattenflotte auf der Nord- und Ostsee eine konkrete Gefahr für unsere kritische Infrastruktur und im Falle einer Havarie auch für die ohnehin massiv geschädigte Meeresumwelt. Deshalb fordern wir eine effektive Kontrolle der Schiffe, Lotsenpflichten und europäische Sanktionen gegen die Schattentanker sowie die Einführung einer Versicherungspflicht für Schiffe in deutschen Gewässern.

Sicherheitsorientierte Energiepolitik

- Die Energieabhängigkeit Deutschlands von Öl- und Gasimporten hat uns verwundbar gemacht. Wir werden den eingeschlagenen Weg der Umstellung auf Erneuerbare Energien (sowie der Diversifizierung) weitergehen. Damit stärken wir die Resilienz des Wirtschaftsstandortes Deutschland und machen auch unsere Infrastruktur weniger anfällig.

- Schleswig-Holstein wird als Wind- und Küstenland auch künftig seiner besonderen Verantwortung gerecht. Wir erwarten von der neuen Bundesregierung, dass sie die in der abgelaufenen Wahlperiode auf den Weg gebrachte Entfesselung der Erneuerbaren Energien im Sinne des Wirtschaftsstandortes Deutschland, der Menschen im Land und ihrer sicherheitspolitischen Bedeutung ungebremst fortsetzt und die Verwendung Erneuerbarer Energien in allen Sektoren voranbringt. Erneuerbare Energien müssen bei der Diversifizierung immer Vorrang haben. Eine Abkehr von dieser Linie würde Schleswig-Holstein schaden und ist mit uns nicht zu machen.

Klima- und Artenschutz sowie Klimaanpassung aktiv angehen

- Die Klima- und Biodiversitätskrise gefährden weltweit Frieden und Sicherheit so erheblich, dass sie mit oberster Priorität bearbeitet werden müssen. Schon heute erzeugen sie millionenfaches Leid und beschleunigen globale Konflikte. Viele Regionen der Erde sehen sich mit lang anhaltenden Dürren konfrontiert, Unwetter und Überschwemmungen nehmen zu. Millionen Menschen leben in den
Brennpunkten der Klimakrise, haben aber nicht die Mittel, um sich an die zunehmend unwirtliche Umwelt und die erschwerten Lebensbedingungen anzupassen. 2023 verließen laut UNHCR rund 26,4 Millionen Menschen ihre Heimat aufgrund von Katastrophen und klimabedingten Ereignissen wie Dauerregen, langanhaltenden Dürren, Hitzewellen und Stürmen. Jedes Zehntelgrad weniger Klimaerwärmung bedeutet viele gerettete Menschenleben, gerettete Tier- und Pflanzenarten, weniger Dürren, weniger Überschwemmungen und damit mehr Sicherheit. Deshalb müssen wir mehr tun, um den Temperaturanstieg zu bremsen und die Artenvielfalt zu bewahren. Klima- und Artenschutz sind wichtigste Grundvoraussetzung für internationale Sicherheit und Stabilität. Organisationen wie die NATO, die Weltbank und die Vereinten Nationen weisen mit Nachdruck darauf hin.

- Klimaschutz und Klimaanpassung sind mit hohen Investitionen verbunden. Eine Reform der Schuldenbremse ist eine unerlässliche Voraussetzung dafür, die Gesellschaft auf dem Weg der Transformation zusammenzuhalten. Für uns ist klar: Sondervermögen und Reformen der Schuldenbremse müssen ein

Geschenk an die Zukunft sein und dürfen nicht zur schweren Hypothek für künftige Generationen werden. Ihnen ist nicht damit geholfen, über perfekt sanierte Verkehrswege durch tote Landschaften zu fahren. Deshalb müssen Klimaschutz und Artenvielfalt ebenso finanziert werden, wie andere Infrastrukturen.

- Mit dem Klimaschutzprogramm 2030 hat Schleswig-Holstein einen Weg zur Klimaneutralität beschrieben, den es jetzt engagiert und in allen Sektoren konsequent zu beschreiten und auszufinanzieren gilt.

- Etwa ein Viertel Schleswig-Holsteins ist akut hochwassergefährdet. Die bestehenden wasserwirtschaftlichen Anlagen sowie die Hochwasserschutzanlagen sind den Anforderungen infolge des Klimawandels nicht mehr gewachsen. Wir werden uns weiter für einen zukunftsfähigen Küsten- und Hochwasserschutz einsetzen, im Sinne der Sicherheit der Menschen in unserem Land. Dabei setzen wir insbesondere auf natürliche Klimaanpassungsmaßnahmen, die einen Mehrfachnutzen für die Artenvielfalt, den Tourismus und die Steuerzahler*innen mitbringen. Klimaanpassung macht unser Land widerstandsfähiger, artenreicher und sicherer.

Demokratie nachhaltig schützen

- Unsere demokratische Gesellschaft steht massiv unter Druck. Sie wird von innen wie außen bedroht. Die diversen Krisen der vergangenen Jahre überlagern sich zunehmend. Immer häufiger wird dabei auch die Demokratie selbst infrage gestellt. Dem setzen wir uns entschieden entgegen und gehen die komplexen Herausforderungen an. Dafür braucht es neben der regelmäßigen Überprüfung und Weiterentwicklung verfassungsrechtlicher Schutzmechanismen auch Maßnahmen zur Stärkung der politischen Bildung: auskömmliche Projektbudgets, starke Bildung für nachhaltige Entwicklung und mehr und besserer Politikunterricht an Schulen stärken unsere Demokratie und machen unser Land sicherer. Vereine, Verbände und Initiativen sind der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Wir unterstützen sie und ermuntern sie auch, politisch für die Demokratie einzutreten.

- Die Transformation zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft bedeutet für viele Menschen große Anstrengungen. Deshalb fordern wir auf Bundesebene einen Bürgerrat zur Vorbereitung eines breit getragenen Transformationskonsenses, der insbesondere Fragen der Lastenteilung, sozialen Flankierung und Finanzierungsverantwortung beinhaltet. Der gesellschaftliche Zusammenhalt bleibt der wichtigste Schutz gegen Angriffe auf unsere demokratischen Errungenschaften. Deshalb braucht es einenparlamentarisch möglichst breit getragenenKonsens, der der Spaltung

unseres Landes entgegenwirken kann.

- Unser Staat steht vor großen Zukunftsaufgaben – und wird zugleich häufig als behäbig empfunden. Ein funktionierender Staat stärkt durch seine menschenzentrierte und effiziente Verwaltung demokratische Stabilität. Die Umsetzung bereits getroffener Entscheidungen muss für die Bürger*innen spürbar sein und sie entlasten.Dazu gehören effektiver Umwelt- und Klimaschutz, eine schnelle Digitalisierung, eine zeitgemäße Bildung , gute Gesundheit, armutsfeste Einkommen und eine fairere Lastenverteilung. Hier braucht es keine blinde Deregulierung, sondern strukturelle Reformen und mehr Schub bei der Digitalisierung, um schon lange festgeschriebene Ziele besser durchzusetzen.

- Eine starke Demokratie lebt auch von Beteiligung. Doch viele Menschen fühlen sich politisch nicht mehr gehört – ein Gefühl, das populistische und rechtsextreme Kräfte gezielt ausnutzen. Dem müssen wir aktiv entgegenwirken. Politik muss Räume schaffen, in denen Bürger*innen sich ernst genommen fühlen und relevant mitgestalten können. Es braucht neben klassischen Formaten innovative und zeitgemäße Beteiligungsmöglichkeiten, um auch jene einzubinden, die sich Beteiligung bisher nicht leisten können – sei es aus Zeit- oder finanziellen Gründen. Digitale Plattformen, aufsuchende Formate und Dialoge in Betrieben oder Quartieren wollen wir unterstützen und neue Formate „out of the box“ entwickeln.

Kindern und Jugendliche stark machen

- Die Herausforderungen unserer Zeit werden die Kinder und Jugendlichen von heute ihr ganzes Leben begleiten. Darauf müssen wir sie vorbereiten und dabei müssen wir sie mitnehmen. Die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen gehören in den Mittelpunkt. Wir müssen aus den Erfahrungen der Coronazeit lernen und sowohl die Rechte von Kindern und Jugendlichen, als auch die Aufwachsens- und Entwicklungsbedingungen in den Blick nehmen. In Krisenjahren ist es besonders wichtig, dass Kinder und Jugendliche auch positive und altersangemessene Erfahrungen machen und Freiheiten erfahren können. Deshalb müssen Kindertagesbetreuung, Ganztagsbetreuung, Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und auch Kinder- und Jugendfreizeiten angemessen unterstützt und gestärkt – und wo notwendig auch infrastrukturell modernisiert werden. Auch sie stärken unsere Demokratie und damit unser Land.

Arbeitsmarktintegration

- Der demografische Wandel stellt Deutschland vor Herausforderungen, denen wir vorausschauend begegnen müssen. Unsere Gesellschaft altert. Diese

Tendenz wurde zwar durch Zuwanderung und Geburten etwas abgebremst. Dennoch stehen wir in Bereichen der Infrastruktur, des Wohnungsbedarfes, der Sozial- und Gesundheitssysteme vielschichtigen Herausforderungen gegenüber. Wir machen uns daher für eine schnellere und nachhaltigereIntegration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt stark und begrüßen, dass sich Schleswig-Holstein bereits auf den Weg gemacht hat: Die Verstetigung des Pilotprojekts„Grundkompetenzscreening“ in den Landesunterkünften, die Überwindung bürokratischer Hürden und insbesondere die Anerkennung von Berufsqualifikation sind wesentliche Bausteine, damit Integration vom ersten Tag an funktionieren kann.

Desinformationen stoppen und vorbeugen

- Der digitale Raum und insbesondere die großen sozialen Netzwerke in den Händen weniger Milliardäre werden zunehmend zur Gefahr für Demokratie und Meinungsfreiheit. Der Feldzug gegen die liberale, rechtsstaatliche Demokratie wird längst aus den sozialen Netzwerken heraus geführt. Extremisten verbinden sich mit autoritären Regimen, manipulieren Diskurse und verbreiten gezielt Desinformation. Eine wehrhafte Demokratie erfordert eine starke und transparente Regulierung dieser Plattformen. Neben guten gesetzlichen Grundlagen braucht es starke Aufsichtsbehörden, um diese auch durchsetzen. Der grüne Weg der digitalen Souveränität soll weitergegangen werden. Unserer Landesverwaltung kommt dabei eine Vorbildrolle zu.

- Die öffentlich-rechtlichen Medien ebenso wie ein breites Portfolio privater Medien sind wesentliche Hüter des demokratischen Diskurses. Wir werden uns dafür einsetzen, die Medienvielfalt im Land ebenso zu stärken, wie die Pressefreiheit und die öffentlich-rechtlichen Medien geschützt werden müssen. Insbesondere die Präsenz journalistisch hochwertiger öffentlich-rechtlicher Medienangebote in den sozialen Netzwerken muss ausgebaut werden.

<u>Gesundheitssystem krisenfest machen</u>

- **Spätestens seit der Coronapandemie und durch den steigenden Fachkräftemangel gibt es eine Debatte um die Schwächen unseres Gesundheitssystems, insbesondere in der Fläche. Für eine Vorbereitung auf weitere Krisen ist es wichtig, dass wir uns auch hier auf Notsituationen einstellen und die Versorgung stärken. Neben funktionsfähigen und krisenfesten Krankenhäusern, gehört auch eine resiliente Notfallversorgung mit Integrierten Notfallzentren (INZ), Notdienstpraxen und ambulanter Versorgung zu einer krisenresilienten Gesellschaft.**

- **Dreh- und Angelpunkt in der Koordination von gesundheitsgefährdenden Lagen**

wie einer Pandemie oder einer militärischen Auseinandersetzung ist der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD). Neben den Ministerien haben die Gesundheitsämter eine zentrale Verantwortung auch außerhalb von Krisensituationen und müssen gestärkt werden. Der Bund-Länder-Pakt für den ÖGD muss deshalb auch über das Jahr 2027 verlängert und ausfinanziert werden.

- **Ein besonderes Augenmerk auch auf die Arzneimittelversorgung gelegt werden, die sehr stark von internationalen Lieferketten abhängt und deshalb bei internationalen Krisen besonders anfällig ist. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Wirkstoff- und Arzneimittelproduktion, sowie Forschung in der Europäischen Union gestärkt und insbesondere wichtige Arzneimittel (z.B. Antibiotika) wieder primär in Europa produziert werden.**

Begründung

Grüne in SH machen seit langem auf die sich rasant ändernde Sicherheitslage und das bundesweit zu enge Sicherheitsverständnis aufmerksam. Wiederholt wurden konkrete Vorschläge zur Erhöhung der Resilienz und Wehrhaftigkeit unserer Demokratie vorgelegt. Angesichts der jüngsten Ereignisse machen wir unsere Haltung mit diesem Antrag nochmal sehr klar und entwickeln unsere Position weiter.

Unterstützer*innen

Dirk Kock-Rohwer (KV Plön), Joschka Knuth (KV Flensburg), Mathias Schmitz (KV Pinneberg), Sina Clorius (KV Schleswig-Flensburg), Steffen Regis (KV Kiel), Rebecca Bräutigam (KV Rendsburg-Eckernförde), Silke Backsen (KV Nordfriesland), Ralf Hübner (KV Pinneberg), Philipp Schmagold (KV Plön), Marilla Meier (KV Lübeck), Dietmar Gosch (KV Stormarn), Stephan Wisotzki (KV Lübeck), Luca Brunsch (KV Kiel), Silke Schneider (KV Lübeck), Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn), Sönke Dibbern (KV Schleswig-Flensburg), Josefine Möller (KV Steinburg), Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde), Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg), Kurt Reuter (KV Stormarn), Moritz Bührmann (KV Kiel), Karl-Martin Hentschel (KV Plön), Sophia Marie Pott (KV Lübeck), Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg), Fabian Osbahr (KV Segeberg), Andreas Bartelt (KV Segeberg), Silke Schiller-Tobies (KV Kiel), Kai Gaertner (KV Stormarn), Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg), Jörn Pohl (KV Kiel), Malte Krüger (KV Steinburg), Michael Klinger (KV Schleswig-Flensburg), Jan Kürschner (KV Kiel), Gazi Freitag (KV Plön), Anett Schwab (KV Plön), Maya Diederichs (KV Kiel), Ulrike Täck (KV Segeberg), Irja-Iven Meesenburg (KV Lübeck), Katrin Stange (KV Pinneberg), Vera Hanel (KV Stormarn), Ben Lüdke (KV Steinburg), Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde), Birgit Asmus-Mrozek (KV Steinburg), Daan Steinebach (KV Schleswig-

Flensburg), Cornelia Bothe (KV Nordfriesland), Sebastian Bonau (KV Schleswig-Flensburg), Anne Birke (KV Schleswig-Flensburg), Carsten Nielsen (KV Flensburg), Jörg Lange (KV Schleswig-Flensburg), Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde), Annette Granzin (KV Ostholstein), Rasmus Andresen (KV Flensburg), Eva-Clarita Pettai (KV Flensburg), Samet Yilmaz (KV Kiel), Martin Kolanus (KV Herzogtum Lauenburg), Thomas Abraham (KV Neumünster), Zoé Engel (KV Kiel), Hans Heinrich Voigt (KV Neumünster), Martin Lätzel (KV Rendsburg-Eckernförde), Conny Clausen (KV Flensburg), Reimo Schaaf (KV Ostholstein), Norbert Tretkowski (KV Schleswig-Flensburg), Peer Lessing (KV Pinneberg), Marcel Beutel (KV Ostholstein), Oliver Lorentzen (KV Pinneberg), Jörn Peter Böning (KV Plön), Christoph Fischer (KV Segeberg), Oliver Opel (KV Dithmarschen)